

ten Projekte zum Abbau von Treibhausgasemissionen als Gegenleistung für die Übergabe von Emissionsquoten in der Ukraine zur längst überfälligen Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft und zur Steigerung der Energieeffizienz beitragen.

Die Haupthindernisse zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls bleiben nach Meinung einer internationalen Expertengruppe, die im Frühjahr diesen Jahres Beratungen im ukrainischen Umweltministerium durchführte, die unsystematische und unvollständige Bestandsaufnahme der Treibhausgasemissionen und das Fehlen einer ukrainischen Initiative zur Erarbeitung und Umsetzung gemeinsamer Projekte.

INTERNATIONALE ABKOMMEN UND INVESTITIONSPROJEKTE

Während des Besuchs von Ministerpräsident Viktor Janukowytsch in Berlin am 28. Februar 2007 unterzeichneten das Umweltschutzministerium der Ukraine und die Deutschen Bank AG eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit im Bereich Klimawandel

unterzeichnet. Das Dokument zielt auf die gemeinsame Umsetzung des Kyoto-Protokolls ab und sieht Projekte zum Abbau von Treibhausgasemissionen und die Entwicklung von Investitionsmechanismen vor. Diese Absichtserklärung stellt eine Liste möglicher gemeinsamer Investitionsprojekte und potentieller Käufer von Emissionsquoten dar. Kurz darauf wurde im März 2007 ein Regierungsabkommen zur Umsetzung gemeinsamer Investitionsprojekte im Rahmen des Kyoto-Protokolls zwischen der Ukraine und Frankreich unterzeichnet. Darüber hinaus bestehen bilaterale Abkommen mit den USA und Kanada.

Die ukrainische Regierung gründete am 04. April 2007 eine Nationale Agentur für Ökologische Investitionen, welche die Aufgabe hat, die Umsetzung der UNO-Rahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls zu verfolgen. Diese Agentur soll die Vorschläge der internationalen Expertengruppe auswerten, ein systematisches Verzeichnis schädlicher Emissionen erarbeiten und Maßnahmen zum Abbau von Treibgasemissionen in verschiedenen Industriebereichen durchsetzen.

RUSSLAND: STELLENWERT DES UMWELTSCHUTZES DURCH DAS KYOTO-PROTOKOLL GESTÄRKT

Thomas Kunze

Das Thema „Klimawandel“ wurde in Russland bis vor kurzem nur in Fachkreisen diskutiert. Der überdurchschnittlich warme Winter 2006/2007 hat jedoch eine neue Diskussion über die Folgen des Klimawandels auch in der Öffentlichkeit bewirkt. Obwohl in den vergangenen zehn Jahren die ökologischen Auswirkungen der sowjetischen Industrialisierung erkannt und im Zuge der weltweiten Umweltaktivitäten unter Führung der UNO staatliche Umweltnormen eingeführt wurden, fehlt bei Entscheidungsträgern noch der Umsetzungswille. Gleichfalls vermisst man eine vorausschauende, transparente Entwicklungsplanung, die die Bedenken der örtlichen Bevölkerung und der Bürgergesellschaft integriert. Als Folge der UN-Klimaberichte und des verstärkten internationalen Drucks, insbesondere von Seiten der Europäischen Union, gibt es 2007 jedoch erste ermutigende Signale Moskaus, Umweltaspekte im Zuge der wirtschaftlichen Öffnung des Landes ernster zu nehmen.

Von staatlicher Seite hat der Umweltschutz in Russland erste Impulse mit den Folgen der Katastrophe von Tschernobyl erhalten. Legislative Initiativen wurden jedoch erst in den 90er Jahren im Zusammenhang mit der UNO-Rahmenkonvention über den Klimawandel (1992) ergriffen. Heute sind die wichtigsten Umweltnormen festgeschrieben im Föderalen Gesetz Nr. 7 vom 10.1.2002 „Über den Umweltschutz“ und in der „Umweltdoktrin der Russischen Föderation“ vom 31.8.2002. Daneben ist bei der Umsetzung von staatlichen Projekten der Präsidial-Erlass Nr. 24 „Zum Konzept des Übergangs Russlands zur stabilen und nachhaltigen Entwicklung“ vom 01.4.1996 zu berücksichtigen. Die gesetzgeberische Funktion in diesem Bereich hat der Duma-Ausschuss für Umwelt inne.

Obwohl die diesjährigen Berichte des IPCC in politischen Kreisen vereinzelt mit Skepsis aufgenommen wurden, intensivieren Exekutive und Legislative mittlerweile Bemühungen zur Umsetzung internationaler Umweltschutzstandards: Im Jahr 2007 sind im russischen Parlament 30 umweltrelevante Gesetzentwürfe

anhängig. 2006 hat der Umweltausschuss insgesamt 48 entsprechende Gesetzentwürfe erörtert, zwei davon sind vom Parlament bereits verabschiedet und vom russischen Präsidenten unterzeichnet worden.

Allerdings moniert der Vorsitzende der Kommission der Gesellschaftskammer Russlands, Wladimir Sacharow, die unkoordinierte Kompetenzverteilung der staatlichen Behörden im Umweltbereich: „In den vergangenen zehn Jahren ist uns zuerst das Ministerium für die Umweltschutz und Ökologie, dann das Staatskomitee verloren gegangen, jetzt werden diese Funktionen durch das Ministerium für die Nutzung von Naturressourcen erfüllt. Wir brauchen heute eine einheitliche Behörde, die für die Lösung ökologischer Probleme zuständig wird“. Seit 2003 ist seitens der Exekutive das Ministerium für Naturressourcen unter Jurij Trutnjew federführend. Ihm untergeordnet sind die beiden Umweltschutzbehörden, das Departement für Staatspolitik im Umweltschutzbereich und der Bundesaufsichtsdienst im Bereich der Naturnutzung.

Seit den 90er Jahren wird in russischen Fachkreisen in der Regel der menschliche Einfluss auf Umweltveränderungen anerkannt; jedoch gehen – wie auch im Westen – die Meinungen über das Ausmaß und seine Folgen für das Weltklima weit auseinander. Der WWF geht aber davon aus, dass sogenannte „südliche“ Krankheiten und die damit verbundenen Todesfälle durch die Temperaturensteigerung ihren Weg nach Russland gefunden haben und ihre Verbreitung weiter zunehmen wird.

Wichtige nichtstaatliche Umweltschutzinstitutionen sind das „Zentrum für die Umweltpolitik Russlands“, das „Zentrum für die Umwelt und die Produktivität der Wälder“ der Russischen Akademie der Wissenschaften, das „Russische Regionale Ökologische Zentrum“, sowie diverse regionale Umweltschutzvereine und überregionale Foren. Abgesehen vom WWF hat bisher kein (staatlicher oder nicht-staatlicher) Umweltschützer die Medien zu einer nachhaltigen Auseinandersetzung mit Umweltthemen veranlassen können. Neben vereinzelten Meldungen über lokale Umweltskandale oder -katastrophen fehlt eine umfassende Berichterstattung und Auseinandersetzung über die weiterreichenden Implikationen des Klimawandels. Im russischen Alltag gibt es in der Bevölkerung noch kein nennenswertes Umweltbewußtsein.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels gehört zu den akuten Umweltproblemen des Landes die Luftverschmutzung, die nicht nur in Großstädten wie Moskau, St. Petersburg und Nowosibirsk infolge des Wirtschaftsaufschwungs und dem zunehmenden Schadstoffausstoß durch die „Automobilisierung“. Gesund-



Rußland gehört weltweit zu den größten CO₂-Verursachern.

heitsgefährdende Verschmutzungspegel werden regelmäßig auch in kleineren Industriestädten gemessen, wo Umweltauflagen nur selektiv umgesetzt werden. Umweltbelastend sind zudem die immer wieder auftretenden Defekte an der Transportinfrastruktur bei Öl- und Gaspipelines in der Konfliktregion Nordkaukasus sowie massive Ölbohrungen am Kaspischen Meer. Beides hat zu nachhaltigen Schäden in den betroffenen Gebieten beigetragen.

Ein weiteres Problem, für das man in Russland im Moment keine Lösung hat, ist die Frage der Lagerung von Nuklearabfällen und, damit verbunden, die radioaktive Verseuchung umliegender Gebiete. Seit 2001 werden auf dem Territorium Russlands nicht nur Reste aus der eigenen Atomindustrie gelagert, sondern auch Brennstäbe aus dem Ausland, überwiegend aus West- und Mitteleuropa. Auch die USA sind in Verhandlungen über eine eventuelle Atommülllagerung mit Moskau getreten. Betroffene Gebiete sind insbesondere die Gebiete Magnitogorsk, Morschansk, Perm, die Weißmeerregion und die Kurilen. Das Gebiet um den am Karatschaj-See gelegenen Majak-Nuklearkomplex in der Nähe von Tscheljabinsk zählt zu den am meisten verseuchten Gebieten weltweit. Lokale und regionale Vereine in den betroffenen Regionen protestieren regelmäßig gegen bestehende und potentielle Gesundheitsgefährdungen und gegen die fehlende Umsetzung von Umwelt- und Sicherheitsvorschriften. Vorerst bleibt offen, wie lange der finanziell lukrative „Atommüll-Import“ von den örtlichen Bewohnern toleriert wird.

Mit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls am 5. November 2004 begann jedoch eine neue Etappe der Wahrnehmung der Umwelt- und Klimaprobleme auf staatlicher Ebene. Im Mai 2005 wurde die „Interbehördliche Kommission für die Realisierung der Verpflichtungen Russlands gemäß Kyoto-Protokoll zwecks der Koordination der föderalen Organe der Exekutive der Russischen Föderation“ gegründet. Die Hauptkontrolle der Umsetzung des Kyoto-Protokolls unterliegt dabei nicht dem Ministerium für Naturressourcen, sondern dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel.

Aktuelles Beispiel für neue staatliche Umweltschutzbemühungen ist die Schwerbetonfabrik in der Stadt Podolsk, die als erstes Projekt seiner Art mit neu festgesetzten und verstärkten Verpflichtungen für 2008–2012 einer technischen Modernisierung unterzogen wird. Gleichzeitig werden die Anforderungen des Kyoto-Protokolls bereits bei der Planung von neuen Produktionsanlagen berücksichtigt. Die Einwohner der mittel-

russischen Stadt Tichwin haben z.B. das Bauprojekt einer neuen Ferrochromproduktion einer offiziellen Öko-Prüfung unterzogen, bei der man auch als Kriterien die Anforderungen des Kyoto-Protokolls berücksichtigen wird. Im Gebiet Pskow wurde im Rahmen der Verwirklichung des Kyoto-Protokolls mit der Einpflanzung der so genannten Kyoto-Wälder (Fichten und Tannenbäume, ca. 40 Hektar) begonnen.

USA: POLITIK- UND KLIMAWANDEL

Roman Sehling

Mit steigenden Energiepreisen und der wachsenden Gefahr durch die zahlreicher werdenden Wirbelstürme ist das Thema Klimawandel nun auch in den USA in aller Munde. Zusammen mit den ersten Gegenmaßnahmen auf regionaler Ebene, weiteren wissenschaftlichen Studien wie dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und dem viel gezeigten Film „An inconvenient truth“ des ehemaligen Vizepräsidenten Al Gore scheint das Thema in den USA endlich den „tipping point“ erreicht zu haben, an dem diese Herausforderung Politiker auf nationaler Ebene zum Handeln veranlasst.

Präsident George W. Bush hat das Thema Klimawandel dann auch in seiner „State of the Union“-Ansprache im Januar 2007 erwähnt und einige Maßnahmen angekündigt. Den Demokraten ist dies nicht genug. Sie haben den Klimawandel kurzerhand zu einem Top-Thema gemacht. Eine Reihe von Ausschüssen und Unterausschüssen befasst sich nun damit, umfassende Gesetzesinitiativen zum Klimawandel zu entwickeln. Es wird auch untersucht, ob die Regierung Bush wissenschaftliche Studien zum Klimawandel in der Vergangenheit redigiert hat, um dessen Gefahr zu überspielen.

Allerdings sollte nicht zu viel erwartet werden: auch innerhalb der Demokratischen Partei formieren sich alteingesessene Interessengruppen, um die Belange des Automobil-, Energie- und Kohlesektors sowie der Landwirtschaft zu verteidigen. Die Industrie selbst hat erkannt, daß die Obstruktionsphase vorbei ist und es nun gilt, ihre Interessen vor anderen nationalen und internationalen Industriezweigen zu verteidigen und die Kosten einer Klimawandelpolitik so viel wie möglich von anderen tragen zu lassen. Auch eine Reihe von Präsidentschaftskandidaten berücksichtigt das Thema bereits. Es bleibt allerdings abzuwarten, wie lange



Al Gore, ehemaliger US-Vizepräsident und Friedensnobelpreisträger 2007.

dieser Enthusiasmus anhält und wie sich die Befürwortung der Maßnahmen seitens der Bevölkerung entwickelt, sobald sich ihre Energiekosten kurzfristig erhöhen und Arbeitsplätze weiter ins Ausland verlagert werden.

BUSH: CLIMATE CHANGE A SERIOUS CHALLENGE

In seiner „State of the Union“ Ansprache vor der amerikanischen Nation sprach Präsident Bush dann auch von einer „ernsthaften Herausforderung“ durch den Klimawandel. Bereits im Vorjahr hatte der Präsident gefordert, die Ölimporte aus dem Nahen Osten bis 2025 um 75 Prozent zu senken und dabei versprochen, einheimische alternative Energiequellen zu fördern. In diesem Jahr kündigte er die Initiative „20 in 10“ an, mit der innerhalb der nächsten zehn Jahre der Treibstoffbedarf um 20 Prozent gesenkt werden soll. Dabei sollen bis 2017 jährlich insgesamt 35 Milliarden Gallonen Treibstoff aus erneuerbaren Energiequellen